

“

Die deutsche Regierung sollte ihre lang geübte Praxis beenden, Putin demokratische Glaubwürdigkeit zu verleihen.



„Jeder hat Angst“

Garri Kasparow gehört zur schwindenden Zahl russischer Bürgerrechtler, die nicht bereits mit anderthalb oder beiden Beinen im Gefängnis stehen. Mit Sicherheit ist er derjenige, den man im Westen am besten kennt – seine Prominenz verdankt er einer beispiellosen Karriere als Schachspieler, die ihm viele Titel und den Status eines Superstars einbrachte.

// INTERVIEW // CLEMENS SCHNEIDER

Herr Kasparow, der deutsche SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück sagte kürzlich, dass westliche Maßstäbe pluraler Demokratie auf Russland nicht unmittelbar übertragbar seien. Hat er recht?

KASPAROW: Ich bin sicher, dass einige vor achtzig Jahren dieselbe Einschätzung Deutschland gegenüber hatten. Solche Aussagen missfallen mir sehr. Meist äußern sich Politiker so zu ihrem eigenen politischen Vorteil: um ihre Bereitschaft zu Geschäften mit undemokratischen Ländern zu verschleiern. Und um zu entschuldigen, dass sie die Prinzipien der freien Gesellschaft und die Menschenrechte nicht konsequent verteidigen. Die Geschichte hat solche Aussagen stets widerlegt, nicht nur in Deutschland. Blicken wir nach Korea, wo wir Nord- und Südkorea haben. Die schiere Existenz Südkoreas ist ein offensichtlicher Beweis, dass Koreaner offen sein können für die Ideen der Marktwirtschaft und Demokratie. Ein weniger bekanntes, aber nicht weniger wichtiges Beispiel: China und Taiwan. Alle reden davon, wie erfolgreich China ohne demokratische Institutionen ist. Dabei muss man nur über die Straße gucken: Eine kleine, steinige Insel, die von exakt denselben Chinesen bevölkert wird, ist zehnmal so erfolgreich. Und dafür sehe ich nur eine Erklärung: Demokratie. Wir kennen die Aussagen nicht nur deutscher Politiker über Russland, leider meist von Sozialdemokraten. Wir erinnern uns, wie Herr Schröder Putin einen „lupenreinen Demokraten“ nannte, um direkt darauf für Gazprom zu arbeiten und auf Putins Gehaltsliste zu stehen. Ähnliche Aussagen kennen wir von einigen amerikanischen Politikern. Aber auch hier gilt: Hinter jedem solchen Zitat steht eine einfache, zynische Rechnung. Im Grunde ist es eine Entschuldigung: Unterbewusst wissen diese Leute, dass sie der Demokratie einen großen Bärenhund erweisen, und sie wollen irgendwie dafür entschuldigt werden.

Können Sie drei wichtige Maßnahmen nennen, mittels derer die deutsche Regierung den Russen helfen könnte, die grade für ihre Freiheit kämpfen?

Um Missverständnissen vorzubeugen: Niemand will, dass die deutsche oder irgendeine andere europäische oder die amerikanische Regierung alle wirtschaftlichen Beziehungen abbricht. Es geht nicht darum, ein dramatisches Zeichen zu setzen, das möglicherweise drastische Konsequenzen hätte. Deutschland macht Geschäfte mit China. Ich vermisse, mehr mit China als mit Russland. Aber ich habe noch keinen deutschen Funktionär über die „chinesische Demokratie“ sprechen oder die chinesi-

schen Kommunisten als Demokraten loben gehört. Es gehört zum normalen Umgang miteinander anzuerkennen, dass China nicht zur selben Familie der demokratischen Nationen gehört.

Was Russland betrifft, sollte die deutsche Regierung als Erstes ihre lang geübte Praxis beenden, Putin demokratische Glaubwürdigkeit zu verleihen. Sie muss aufhören so zu tun, als gehöre Russland in dieselbe Gruppe Länder. Russland gehört nicht in die G8, denn die G7 standen für die großen industriellen Demokratien. Man kann darüber streiten, ob Russlands industrielle Entwicklung dafür ausreicht. Aber wir müssen anerkennen, dass Russland keine Demokratie ist. Dass Putin dort auftreten darf, verschafft ihm eine Bühne, um seine vorgebliche demokratische Glaubwürdigkeit zu demonstrieren und die Möglichkeit, seinen Einfluss auszuweiten.

Zweitens: Die deutsche hat wie jede andere Regierung wirtschaftliche Interessen und folgt oft den Wünschen großer Firmen. Sie sollte aber die strategischen Interessen des Landes getrennt von kurzfristigen Unternehmensgewinnen betrachten. Europäische Finanz- und Industriemärkte für Firmen wie Gazprom zu öffnen, wird langfristig Folgen haben, denn diese Konzerne halten sich nicht an die Regeln. Ich sage immer, dass Putin im Gegensatz zu Hitler keine Panzer [engl. „tanks“, d. Red.], sondern Banken [engl. „banks“, d. Red.] verwendet. Darauf sollten sich die westlichen Staaten einstellen. Und Deutschland spielt natürlich eine Schlüsselrolle in Europa.

Und drittens: Das Magnitsky-Gesetz. Es geht nicht darum, Russland zu bestrafen. Es geht um die Einhaltung von Regeln. Es ist über jeden Zweifel hinaus bewiesen, dass bestimmte Leute Magnitsky umgebracht, dem russischen Staat Geld gestohlen und es im Ausland untergebracht haben. Sie wissen alle, dass sie strafbarer Verbrechen schuldig sind, aber sie gehören zu dieser großen Mafia, die Geld aus Russland stiehlt und es außerhalb anlegt, hauptsächlich in Europa. So zu tun, als wäre das normale Geschäftsgeschehen, verursacht langfristig größere Probleme. Denn das westliche Finanzsystem sollte nicht von solchen Anlegern erpressbar sein oder zur Geisel genommen werden können, die auf die eine oder andere Weise seine Glaubwürdigkeit und Funktion untergraben. Wir wissen natürlich, dass das Magnitsky-Gesetz die größte Gefahr für Putins Machterhalt ist. Denn wie in jeder mafiosen Organisation muss er hundertprozentigen Schutz für hundertprozentige Loyalität bieten können. Sobald die korrupten Bürokraten verstehen, dass Putin nicht mehr länger in der Lage ist, ihnen in

»

Russland totale Immunität und absoluten Schutz ihrer ausländischen Vermögen zu garantieren, wird er einen Großteil seiner Macht einbüßen. Deshalb wird er so irrsinnig wütend, wenn das Gesetz zur Sprache kommt.

Laut westlicher Medien scheint eines der Hauptprobleme der russischen Opposition zu sein, dass sie ihre Unterstützer größtenteils aus dem städtischen Bürgertum rekrutiert, während eher traditionell eingestellte Russen nicht überzeugt werden können, sich anzuschließen.

Teilen Sie diese Einschätzung und sehen Sie eine Lösung für dieses Problem?

Der Begriff „rekrutieren“ zeigt, dass Sie annehmen, man könne in Russland so offen wie in Deutschland agieren: Man registriert seine Organisation, sie hat Büros und Bankkonten und kann offen um Mitglieder werben. So läuft das in Russland nicht. Man kann Russland heute mit Simbabwe vergleichen oder meinewegen mit Weißrussland. Politische Aktivität, die den Staat bedroht, ist in Russland nicht erlaubt. Es ist nicht so schlimm wie in einigen anderen Ländern. Aber wenn der Staat eine potenzielle Gefahr von irgendeiner politischen Gruppe ausgehen sieht, greift er sofort ein. Russland ist ein riesiges Land, deshalb konzentrieren sich die politischen Aktivitäten auf die Großstädte. Jetzt konzentriert sich das politische Leben auf Moskau. Selbst St. Petersburg ist heutzutage eine Art politische Provinz. Das ist das Ergebnis von Putins „Superzentralisation“.

So ähnlich dürfte es 1789 in Paris bei der Revolution gewesen sein – ich vermute, die französischen Provinzen haben davon mal gehört. Leider hat Russland dasselbe Problem. Wenn dieser Tage irgendetwas außerhalb Moskaus passiert, hat das kaum Einfluss auf die politische Zukunft des Landes. Moskau ist auch reicher als die anderen Städte. Deshalb ziehen die Demonstrationen dort zwangsläufig politische und soziale Elemente an, die man als typisch für das urbane Bürgertum betrachten kann.

Aber ich bin sicher, die Proteste werden weitergehen und auch andere Menschen werden daran teilnehmen. Es ist offensichtlich, dass die Mittelklasse in den Großstädten das politische System ablehnt und nicht akzeptiert. In dem Moment, in dem die anderen Russen wirtschaftliche Schwierigkeiten zu spüren bekommen – das wird bald sein, besonders wenn der Ölpreis fällt – wird der politische Widerstand mit dem Protest gegen die wirtschaftlichen Bedingungen verschmelzen. Dann wird sich die Zusammensetzung der Teilnehmer verändern, aber vor allem wird ihre schiere Zahl massiv wachsen. Aus meiner Perspektive hat das Regime dem Land keine

Möglichkeit für gewaltlosen Widerstand und einen friedlichen Übergang gelassen. Seit acht Jahren werbe ich für gewaltfreien Widerstand und eine friedliche Transformation. Aber leider ist das Putin-Regime zu hart vorgegangen, und es scheint, als gäbe es nunmehr keine gesetzlichen Möglichkeiten oder auch nur Gesetzeslücken, durch die der Protest seinen gewaltfreien Weg finden könnte. Bisher sind noch zu wenige Menschen auf den Straßen, um der Regierung ernste Probleme zu bereiten. Aber wir wissen aus der Geschichte, dass das nicht lange so bleiben wird, wenn die Protestbewegung ihre Kräfte sammelt und erstarzt. Und da wir kein richtiges System haben, um die Kommunikation zwischen der Regierung und der Gesellschaft zu ermöglichen, kann und wird der Protest plötzlich ausbrechen oder explodieren.

Im vergangenen Sommer wurden Sie verhaftet und zusammengeschlagen. Haben Sie Angst, verhaftet, verurteilt und eingesperrt zu werden, wie das Alexej Nawalny (vgl. liberal-Porträt auf www.libmag.de) und anderen passiert ist?

Jeder hat Angst. In Russland existiert keine Rechtsstaatlichkeit mehr. Wer politisch aktiv ist, ist stets gefährdet. Der Fall Nawalny erklärt eigentlich alles, leider ist er im Westen nicht wirklich bekannt. Da ist einer der beliebtesten Blogger, ein junger Mann [lacht] – also, aus meiner Sicht, Alexej ist siebenunddreißig – dessen Popularität immer größer wurde und es laufen bereits vier Strafprozesse gegen ihn. Ein fünfter wurde gerade eröffnet, und jeder versteht: Das ist die politische Rache des Kreml. Und wenn man die rigide Struktur des politischen Systems berücksichtigt, ist klar, dass solche Anweisungen nur von ganz oben kommen können.



GARRI KASPAROW

Im November 1985 wird Garry Kasparow im Alter von 22 Jahren jüngster Schachweltmeister aller Zeiten. Bis 1993 bleibt er durch erfolgreiche Verteidigungen offizieller Weltmeister des Weltschachbundes „Fide“. Nachdem er sich 1993 von dieser Organisation im Streit getrennt hat, erkennt ihn ein Großteil der Schachwelt noch bis 2000 als Weltmeister an. Seit dem Rückzug vom Schach ist Kasparow als russischer Oppositionsaktivist tätig. Er gründete unter anderem das oppositionelle Bündnis „Das andere Russland“. Zu den russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2007/2008 wurde er nicht zugelassen. Die *Times* zählte Kasparow 2007 zu den weltweit 100 einflussreichsten Persönlichkeiten, *Foreign Policy* 2008 zu den „World's Top 20 Public Intellectuals“.

Sehen wir uns die Zivilgesellschaft an. Dient Fremdenfeindlichkeit dem System, um von offensichtlichen Problemen abzulenken und gleichzeitig die Gesellschaft zu spalten?

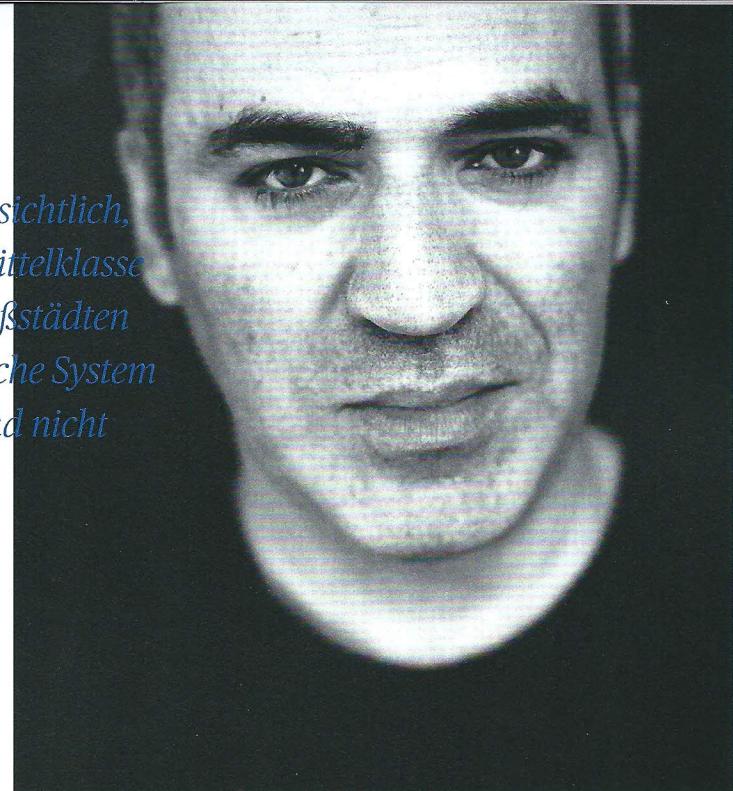
Xenophobie ist kein Problem, das auf bestimmte Teile der Gesellschaft beschränkt ist. Selbstverständlich hängen viele Probleme mit der Einwanderung zusammen, das gilt auch für die demokratischsten Länder. Solche Probleme existieren in den Niederlanden, in Deutschland, Österreich, Frankreich, überall. Aber in Russland ist Fremdenfeindlichkeit doppelt problematisch, denn die Regierung versucht, sie für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Einerseits benötigt die Regierung Zuwanderung, denn die großen, von den Oligarchen kontrollierten Firmen benötigen diese billigen Arbeitskräfte - tatsächlich Sklaven - für die Arbeit auf den Baustellen. Außerdem verschärft die Zuwanderung gesellschaftliche Spannungen, was der Regierung nützt. Andererseits stehen wir in diesem grausamen Konflikt mit den Ländern des Nordkaukasus, hauptsächlich Tschetschenien und Dagestan, die meisten ihrer kriminellen Tätigkeiten finden mitten in Russland statt. Deshalb befürworten so viele russische Nationalisten die Abspaltung und wollen sie nicht länger zurückerobern. Sie sagen: „Lasst sie doch gehen, wir wollen nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Wir orientieren Russland an Europa.“ Tatsächlich ist das aktuelle Ergebnis der Fremdenfeindlichkeit und des Nationalismus unter den jungen Leuten, dass sie eine Mauer zwischen Russland und Zentralasien und den Nordkaukasus hochziehen und ein Teil Europas werden wollen.

Viele junge Russen sind süchtig danach, ihre Grenzen auszuloten, indem sie beispielsweise Hochhäuser erklettern. Warum riskieren sie ihr Leben? Aus Mangel an Perspektiven oder persönlicher Freiheit?

Sie haben die Frage praktisch beantwortet. Viele junge Russen verlassen das Land. Der Exodus ist gewaltig, wahrscheinlich sogar größer als 1917. Demografie, Geburtenrate und Wanderungsbewegungen zeigen: In den 90er-Jahren erlebten wir einen Tiefpunkt, dann verbesserten sich die Zahlen. Ich glaube gegen 2010, 2011 drehte sich die Kurve wieder. Dabei ist gar nichts Dramatisches geschehen. Die einzige Erklärung ist, dass die jungen Leute es leid sind, in diesem Land zu leben. Von außen betrachtet sieht die Situation für viele Russen akzeptabel aus. Aber der soziale Aufstieg ist in Putins Russland völlig versperrt, denn es ist ja nicht einfach eine Diktatur, sondern eine Oligarchie. Deshalb entscheiden nur Beziehungen und Nepotismus über Beförderungen. Entweder verlässt man das Land oder man tut

Es ist offensichtlich, dass die Mittelklasse in den Großstädten das politische System ablehnt und nicht akzeptiert.

“



irgendwas total Verrücktes, um sich wenigstens kurzzeitig frei fühlen zu können.

Sie sind seit einem Jahr Vorstandsvorsitzender der Human Rights Foundation. Hilft Ihnen das bei Ihrem andauernden Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit in Russland?

Ich denke, es ist wichtig, meinen Namen und meine Popularität zu einzusetzen, um die Idee der Menschenrechte weltweit zu verbreiten. Ich bin außerhalb Russlands bekannt. Im Moment muss ich anerkennen, dass meine Möglichkeiten, in Russland Einfluss zu nehmen, sehr beschränkt sind. Wir können zwar weiterreden, aber wir müssen einfach abwarten, bis sich eine Welle wie 2011 bildet - und dieses Mal wird sie viel höher sein. Deshalb dachte ich, es sei sinnvoll, mich auch außerhalb Russlands zu engagieren, da mein Name dabei hilfreich ist. Ich nehme schon seit dem zweiten Jahr am Oslo Freedom Forum teil, dies war also mein viertes Mal. Als ich erstmals eingeladen wurde, fand ich die Idee großartig. Und natürlich kann man kaum ablehnen, wenn einem nach Václav Havel der Vorsitz angeboten wird. ●



CLEMENS SCHNEIDER ist Promotionsstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er hat Garri Kasparow am Rande des Oslo Freedom Forum getroffen, dessen Vorsitzender Kasparow ist.

redaktion@libmag.de